



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Niemeyer

Telefon: (0221) 221 23820

Fax: (0221)

E-Mail: Sabine.Niemeyer@STADT-KOELN.DE

Datum: 20.03.2023

Niederschrift

über die **11. Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 17.05.2022, 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr, , Bezirksrathaus Ehrenfeld Venloer Str. 419/421 50825 Köln

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Joachim Heinlein	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Christine Seiger	GRÜNE
Herr Alexander Yohannes	Auf Vorschlag von CDU
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	Auf Vorschlag von FDP
Herr Andrea Salis	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	Auf Vorschlag von AfD
Frau Elise Teitz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Mechthild Böll	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Yannik Breuer	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Gunther Quinkler	Auf Vorschlag von CDU
Herr Mario Schmitz	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Tobias Jacquemain	Auf Vorschlag von SPD
Herr Robert Gaida	Auf Vorschlag von FDP
Herr Eike Steinke	Auf Vorschlag von Volt
Frau Rahab Njeri	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE
Frau Sophie Sänger	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Dr. Andrea Poppe	StEB AöR

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Henk Benthem van	CDU
Herr Sven Kaske	SPD
Frau Viola Recktenwald	SPD

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Jürgen Medenbach	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Werner Kircher	Auf Vorschlag von SPD
Frau Christian Robyns	Auf Vorschlag von SPD
Herr Albert Nowak	Auf Vorschlag von Die Linke
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Dr. Dr. Rainer Broicher	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-COV 2 Pandemie

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukrainekrise

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung der Anfrage Besetzung von Rettungswachen in Köln
1060/2022

2.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 29.03.2022 - Thema: Sozialpsychiatrische Zentren (SPZ)
1150/2022

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Versorgung Coronakranker in Altenpflegeheimen
AN/0808/2022

3.1.1 Beantwortung der Anfrage Versorgung Coronakranker in Altenpflegeheimen (AN/0808/2022)
1598/2022

3.2 Nach erneutem Brand des Drogenhilfebusses am Neumarkt – wie geht es weiter?
AN/0967/2022

3.2.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion (AN/0967/2022): Nach erneutem Brand des Drogenhilfebusses am Neumarkt - wie geht es weiter?
1587/2022

3.3 Plätze mit besonderem Handlungsbedarf: Blianz der temporären Anlaufstelle Neumarkt
Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.05.2022 (AN/0989/2022)
1558/2022

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen
AN/2617/2021

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“
0961/2022
- 5.2 Förderprogramm Niedrigschwellige Suchthilfe - Drogenkonsumraum Mülheim
0995/2022
- 5.3 'Integrationsbudget 2022' - Verteilung von Restmitteln für eine mehrsprachige Informationskampagne zu Gesundheitsthemen
1325/2022
- 5.4 Baubeschluss - Neubau eines Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr und der Rettungswache in Köln-Rodenkirchen
0826/2022

6 Mitteilungen

- 6.1 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln im Rahmen des Projektes "Leitstelle 2020"; Umsetzungsbeschluss Teil 2 - Notleitstelle für die Feuerwehr Köln
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 25 Abs. 1. Nr. 2 KomHVO NRW i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022
0049/2022
- 6.2 Sachstandsbericht Starke Veedel - Starkes Köln
1114/2022
- 6.3 Stand der Evaluation des Drogenhilfekonzepts - Datengrundlage
1436/2022
- 6.4 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
1468/2022

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-COV 2 Pandemie

I. Öffentlicher Teil

Präambel

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna entscheidet, dass Folgesitzungen wieder im Rathaus stattfinden sollen.

Er fragt nach Änderungswünschen/Ergänzungen/Vertagungswünschen oder Ähnlichem zur Tagesordnung.

RM Frau Gärtner meldet für den Punkt TOP 4.1. Beratungsbedarf an. Er wird in die nächste Sitzung verschoben.

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-COV 2 Pandemie

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau gibt eine kurze **Einführung zur Situation**: Aufgrund einer hohen Immunität der Kölner Bürger*innen ist die Inzidenzzahl deutlich geringer. Alle Indikatoren weisen eine geringere Krankheitslast auf.

Herr Dr. Rau gratuliert Herrn Dr. Nießen zu seiner Wahl als Vorsitzender des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. Der Verband habe dem Gesundheitsamt der Stadt Köln einen Ehrenpreis für die hohe Innovationskraft und den Ideenreichtum im Hinblick auf den Umgang mit der Pandemie verliehen.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen bedankt sich für die freundlichen Worte. Bezüglich der vielen Szenarien für den Herbst wird der Expertenrat Ende des Monats einen Masterplan oder eine Empfehlung aussprechen. Wie sich die Pandemie im Herbst entwickelt, hänge davon ab wie dynamisch das Virus sei und wie sich die Krankheitsschwere entwickle. Dabei gilt es im Blick zu halten, ob das Gesundheitssystem dafür gut aufgestellt ist.

RM Frau Röhrig fragt nach dem Stand der Impfung bei den bisher nicht geimpften Pflegekräften.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen antwortet, Angebote wären vor Ort zusammen mit den niedergelassenen Ärzten gemacht worden: Jedem Seniorenheim wäre das Angebot von einen oder mehreren ärztlichen Kolleg*innen vorgelegt worden, im Anschluss sei in Absprache mit der Kassenärztlichen Vereinigung geprüft worden, dass alle Heime versorgt werden. Es gäbe noch eine gewisse Zurückhaltung. 80 % der Krankenhäuser seien bei 90 +% . Das Thema wird weiter im Blick gehalten.

Die Abteilungsleiterin der Stab Köln Frau Dr. Poppe stellt die Präsentation **2022-05-11 ESI-CorA Corona-Abwassermonitoring (siehe anbei)** vor. Fazit: Die Abwasseruntersuchungen haben tatsächlich die Funktion eines Frühwarn- und Endwarnsystems und können auch eine Verfolgung des Infektionsgeschehens leisten. Diese Daten könnten in Entscheidungen des Krisenstabs mit einbezogen werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Vortrag.

SB Frau Houben bedankt sich für den Vortrag und die Aktivitäten und stellt fest, dass das Abwassermonitoring ein wichtiger Bestandteil in der Pandemiebekämpfung sei

und zukünftig auch bei anderen Infektionserkrankungen seien könnte. Bis Ende Februar nächsten Jahres gäbe es eine Zusage in Stammheim, das Screening weiter zu begleiten. Wenn man dann noch ein weiteres zusätzliches Instrument in der Hand hätte, würde das auch helfen, über die Pandemie etwas zu lernen und sie auch für die Kölner Bevölkerung im Griff zu halten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sei sich sicher, wenn Frau Houben rechtzeitig auf die demokratischen Fraktionen in diesem Ausschuss zukommen würde, würde das Projekt über Februar hinaus fortgeführt werden.

SB Frau Houben nimmt die Anregung auf.

RM Frau Seiger bedankt sich für den sehr interessanten Vortrag und möchte wissen, was an Zuarbeit aus anderen Disziplinen zwingend nötig wäre, um die beschriebene Forschung fortzuführen.

Die Abteilungsleiterin der Stab Köln Frau Dr. Poppe antwortet, es sei die Vision, ob man Modelle entwickeln wollte, die genau diesen Zusammenhang zwischen der Konzentration im Abwasser, der Infektionslage in der Bevölkerung, und der Inzidenz direkt berechnen könnten.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen sagt, der Corona Expertenrat der Bundesregierung würde genau dieses Abwassermonitoring für Gesamtdeutschland empfehlen.

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukraine Krise

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau fasst zusammen, dass die Dynamik in der Ukraine sehr schlimm sei. In Köln würde man die Auswirkungen der Ukraine Krise nicht mehr so sehr spüren. Es bestehe nicht so viel Zulauf von Menschen im Vergleich zum Anfang. Der Zulauf pendle sich derzeit bei ca. 100 ein. Man stehe jetzt vor der nächsten großen Herausforderung zum Monatswechsel den Rechtskreiswechsel zu realisieren. Das bedeute, die Bundesregierung habe beschlossen, dass Flüchtlinge aus der Ukraine ab dem 01.06. in aller Regel nicht mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigt seien, sondern nach dem Sozialgesetzbuch II und XII. Das mache eine ganz große Anforderung an die Administration der Stadtverwaltung in verschiedenen Ämtern, man sei gerade mit ganz viel Nachdruck dabei, das zu steuern.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen erläutert die Präsentation **Medizinische Lage Geflüchtete 2022-05-17 (siehe anbei)**.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erklärt, die Bundesregierung habe am Anfang des Krieges zugesagt, Erkrankte und Verletzte aus der Ukraine aufzunehmen. Das Kleeblattkonzept, über das man bisher die Corona Verteilung über Deutschland vorgenommen habe, würde auf die Ukraineverletzten ausgedehnt. Für das Land Nordrheinwestfalen organisiert Köln die Verteilung.

Er schildert wie die Patienten aus der Ukraine über diesen Mechanismus verteilt werden. Zwei kritische Punkte sind hierbei folgende: Zum einen die Verschlechterung der Patienten über die Zeit und zum anderen die relativ chaotische Transportsituation aus der Ukraine nach Polen. Viele Fahrzeuge seien schon zerschossen worden und fielen häufig mit Reparaturen aus.

Fazit: Das sei ein wichtiger Beitrag, um die dort überlasteten Krankenhäuser zu entlasten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bittet, den Dank an die Kollegen weiterzugeben und fragt, ob es noch Fragen gibt.

RM Herr Salis fragt wie sich die Zahl der über 3.000 Geflüchteten aus der Ukraine zusammensetzt. Seien auch „Dritte“ oder sogenannte „Drittstaatler“ damit gemeint? Und zum Medibus: Viele Drittstaatler hätten keine Wohnmöglichkeit innerhalb der Stadt sondern seien privat untergebracht. Er möchte fragen, bei wem oder wer damit gemeint sei.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen antwortet, am Hauptbahnhof befinde sich das durchgehend geöffnete Welcome Center. Die Zahl 3.840 sei die Zahl derer, die in Hotels oder Gemeinschaftsunterkünften in Köln untergebracht seien. Über das Ausländeramt sei eine 5-stellige Zahl von Flüchtlingen erfasst, die in privaten Wohnungen und bei Freunden untergekommen wären. Es seien ca. 13.000 Menschen, die aus der Ukraine in Köln angekommen wären. Die medizinische Versorgung in den Unterkünften laufe über die medizinischen Teams. In jeder Unterkunft seien jeden Tag eine Krankenschwester und ein Krankenpfleger anwesend und fragten die Patienten wie das Befinden sei und dementsprechend würden Verbände gewechselt und Medikamente verabreicht auch in enger Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten. Wenn man privat unterkäme, gäbe es die Möglichkeit der Leistungsberechtigung über den Rechtskreiswechsel nach SGB II und XII. Man habe alles getan, damit jeder, der ein Problem hat, auch medizinisch gut versorgt sei.

Die Stadtdirektorin Frau Blome kann die Zahlen von Montag nennen. Man wisse nicht genau wieviel Menschen privat untergebracht seien. 9.654 Personen hätten bereits Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz erhalten. 1.388 Anträge befänden sich in der abschließenden Bewilligungsphase, 75 Anträge in Klärung. Diese geringe Anzahl zu klärender Anträge sei eine großartige Leistung des Sozialdezernates und des Sozialamtes. Sie möchte nochmal herausstellen, dass die Behörden ganz hervorragend zusammenarbeiten würden.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung der Anfrage Besetzung von Rettungswachen in Köln 1060/2022

SB Frau Röhrig bedankt sich für die Beantwortung und hat noch eine Frage zur Antwort 2. Wenn es zu Personalengpässen durch Corona kommen würde, dann würden die Mitarbeitenden aus „dienstfrei“ geholt. Wieviel Überstunden würden dann dadurch anfallen und nicht zeitnah in Freizeit ausgeglichen werden können. Im Durchschnitt der letzten 12 Jahre hätte es jedes Jahr 37 Übergriffe gegeben, was sie sehr viel fand.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller antwortet, die Feuerwehr sehe eine tendenzielle Zunahme der Übergriffe weil die Gewaltbereitschaft insgesamt steige. Im Verhältnis zu anderen Einsatzdiensten sei es trotzdem eine sehr geringe Anzahl. Zum Thema Mehrarbeit habe die Feuerwehr einerseits ein erhebliches Personaldefizit und zum anderen das Problem, dass mit dem Umstellen von Rettungsassistent*innen auf Notfallsanitäter*innen ein kleiner Zeitverzug sichtbar sei. Die Demographie führe dazu, dass immer mehr Rettungsassistent*innen in den Ruhestand gingen und nicht weiter im Einsatzdienst zur Verfügung ständen. Andererseits würde mit Hochdruck daran gearbeitet die Notfallsanitäter*innen auszubilden. Man sei nicht in der Lage Überstun-

den in Freizeitausgleich zu nehmen, sondern würde Überstunden auszahlen. Insgesamt sei die Personalsituation angespannt und Mehrarbeit sei momentan die einzige Möglichkeit kurzfristig auf die Situation reagieren zu können.

Zur Kenntnis genommen.

2.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 29.03.2022 - Thema: Sozialpsychiatrische Zentren (SPZ) 1150/2022

RM Frau Seiger bedankt sich für die umfassende Beantwortung der Anfrage und bittet darum, die Fragen mit der Beantwortung nachrichtlich auch an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren weiterzuleiten.

RM Herr Dr Quinkler sagt, in der letzten Sitzung sollte die nachfolgende Anfrage mit den Grünen zusammen gestellt werden. Deswegen wolle man den Teil der CDU noch an die Anfrage anbinden. „Die Anfrage beziehe sich auf die Planungen bezüglich einer weiteren Dezentralisierung des sozialpsychiatrischen Dienstes wie diese im SPZ-Bericht zur weiteren Finanzierung der Personalausstattung auch vorgelegt wurde.“ Daraus ergeben sich folgenden Fragen:

1. Warum ist eine Auslagerung des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SpDi) in die Stadtbezirke Lindenthal und Rodenkirchen wie es in dem Bericht heißt „aufgrund der unzureichenden verkehrstechnischen und infrastrukturellen Anbindung vor Ort“ nicht zielführend?
2. Warum ist das Bezirksteam Chorweiler nicht in Chorweiler Klienten zentriert vor Ort? Stattdessen besteht eine Bürogemeinschaft aktuell in Nippes?
3. Wann wird das Bezirksteam Porz auch nach Porz ausgelagert?
4. Welche Dringlichkeit sieht die Verwaltung in der weiteren Dezentralisierung des SpDi als Umsetzung des Grundprinzips, das 1987 beschlossen wurde?“

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna schlägt vor, die schriftlichen Fragen zum Protokoll zu geben und zur nächsten Sitzung zu beantworten.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau stimmt dem zu und gibt den Dank von Frau Seiger an Herrn Dr. Albers weiter.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stimmt auch zu und ergänzt, die Antworten sollten auch an den Sozial- und den Finanzausschuss weitergegeben werden.

Zur Kenntnis genommen mit der Maßgabe, die Antwort an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren weiter zu leiten.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Versorgung Coronakranker in Altenpflegeheimen AN/0808/2022

**3.1.1 Beantwortung der Anfrage Versorgung Coronakranker in Altenpflegeheimen (AN/0808/2022)
1598/2022**

RM Frau Röhrig möchte sich für diese ausführliche Beantwortung herzlich bedanken. Der Anlass für die Anfrage war ein sehr dringender und zwar gab es letztes Jahr bei TAZ eine politische Sendung, wonach es unheimlich viele Todesfälle in den Alten- und Pflegeheimen gegeben hätte. In Köln sei das nicht der Fall, hier würden alle rechtzeitig ins Krankenhaus angewiesen.

RM Herr Paetzold sagt, die Hausärzte kümmern sich um die Patienten und das Pflegepersonal rufe die Hausärzte an, wenn es den Patienten schlecht gehe und sie ins Krankenhaus müssten. Wenn es ihnen ganz schlecht gehe, dann rufe man Herrn Lechleuthner oder seine Kollegen an. Das System sei vor und während Corona so gewesen.

RM Frau Röhrig gibt zu bedenken, Herr Prof. Dr. Karagiannidis hätte noch vor zwei Monaten gesagt, man müsse aufpassen, dass nicht in Alten- und Pflegeheimen die Erkrankungen steigen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, er stimme Herrn Paetzold zu.

Zur Kenntnis genommen

**3.2 Nach erneutem Brand des Drogenhilfebusses am Neumarkt – wie geht es weiter?
AN/0967/2022**

**3.2.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion (AN/0967/2022): Nach erneutem Brand des Drogenhilfebusses am Neumarkt - wie geht es weiter?
1587/2022**

Zur Kenntnis genommen

**3.3 Plätze mit besonderem Handlungsbedarf: Bilanz der temporären Anlaufstelle Neumarkt
Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.05.2022 (AN/0989/2022)
1558/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna TOP3.3.1 wird auf die nächste Ausschusssitzung verschoben.

RM Herr Paetzold antwortet, es solle so zur Kenntnis genommen werden.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen
AN/2617/2021**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna wiederholt, der TOP wäre zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“ 0961/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob es dazu Wortmeldung gibt, bevor abgestimmt wird.

RM Frau Seiger stellt heraus, der Aktionsplan betrifft die 2. Siegelphase der kinderfreundlichen Kommune, diese wird im Vorhinein für die nächsten 3 Jahre der Kommune ausgesprochen. Der Plan betrifft die wesentlichen Themenbereiche, die auch in der Kinderrechtskonvention stehen und empfiehlt das genauso zu beschließen wie der Jugendhilfeausschuss.

RM Herr Paetzold berichtet, im Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren wurde die Anregung aus dem Integrationsrat aufgenommen und schlägt vor, dass abgestimmt werden soll wie im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fasst zusammen, man habe zwei Ergänzungen zu dem was vorliegt, einschließlich dem was SoSeSe einstimmig und Jugendhilfe einstimmig beschlossen haben, d.h. man würde in dieser „doppelt aufgepeppten“ Version abstimmen.

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat den Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses, des Integrationsrates und des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren zu folgen und wie folgt zu beschließen.

Geänderter Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den 2. Aktionsplan „Kinder- und jugendfreundliches Köln 2022-2025“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit dessen Umsetzung ab Juli 2022.

Bei der Umsetzung sollen Kinder und Jugendliche mit Behinderung stärker berücksichtigt werden.

Bei der Umsetzung des KJFG ist die Situation bzw. Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen mit internationaler Familiengeschichte stärker zu berücksichtigen.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert im neuen KJFP die Thematik "Empowerment von BiPOC und Rassismuskritische Ansätze" in allen Bereichen der Jugendförderung zu verankern und als eine Maßnahme eine Fachberatungsstelle bei einem migrantischen Jugendzentrum einzurichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.2 Förderprogramm Niedrigschwellige Suchthilfe - Drogenkonsumraum Mülheim 0995/2022

RM Frau Houben meint, die Stadt sieht das als eine Aufgabe im Kontext und im Strauß ihrer zahlreichen Aufgaben an. Sie weiß nicht, warum der Terminus Förderprogramm erscheint.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau erklärt, es werde vorwiegend auf Förderprogramme gesetzt. Hintergrund sei auch, dass ein Förderprogramm dem Fördernehmer mehr Freiheiten in der Gestaltung eigener Prozesse und auch sowas wie Zielgrößen gäbe. Es sei eine Gesamtverwaltungshaltung, die man mit diesem Terminus zum Ausdruck bringe.

RM Herr Paetzold möchte sich rückversichern, dass die Ausstattung mit Personalstunden passt und möchte ein deutliches „Ja“ hören.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau gibt ein deutliches „Ja“ von sich.

RM Herr Paetzold betont, man wolle nicht vergessen, dass man in Mühlheim auf Dauer einen stationären Drogenkonsumraum habe. Das stehe nirgendwo drin, deshalb erinnere er nochmal daran.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr Nießen wirft ein, im Rahmen des stationären Drogenkonsumangebots habe man vor zwei Wochen den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses vorgestellt, dass in allernächster Zeit 12 Plätze installiert würden. In Mühlheim sei das noch nicht der Fall, erstmal linksrheinisch und dann würden 10 weitere Plätze rechtsrheinisch installiert. Das seien erstmal in Mühlheim 4 Plätze im Bus (oder Büschen) und dann noch 6 weitere Plätze in Kalk. Das Ziel sei in Köln von 7 auf insgesamt 28 Plätze zu kommen.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau sagt, man wolle stationär mithalten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna hat es als intervenistisch verstanden und nicht als „Trial and Error“ und im Erfolgsfall dann da auch stationär so wie man es am Neumarkt mit ein bisschen zeitlicher Verzögerung hinbekommen habe.

RM Frau Röhrig schließt sich der Aussage von Herrn Paetzold an und schlägt vor, den mobilen Bus könne man später notfallmäßig in den anderen Brennpunkten einsetzen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, wenn er es richtig verstanden hat, passiert das ja auch am Hauptbahnhof in der Renovierungsphase.

RM Herr Paetzold würde gerne beantragen, dass abgestimmt wird wie im Sozialausschuss mit der Ergänzung, dass der Rat prüfen möge, statt einer zweiprozentigen prognostizierten Tarifsteigerung eine Steigerung gebunden an die kommunalen Tarifstrukturen umzusetzen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, es klingt für ihn einleuchtend und lässt in der Fassung SoSeSe abstimmen.

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Geänderter Beschluss:

1. Der Rat beschließt das als Anlage 1 beigefügte Förderprogramm „Niederschwellige Suchthilfe“.
2. **Der Gesundheitsausschuss bittet die Verwaltung die Frage von Frau Glashagen statt einer zweiprozentigen prognostizierten Tarifsteigerung eine Tarifierhöhung ge-**

bunden an die kommunalen Tarife umzusetzen zu prüfen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die in Anlage 1 unter Ziffer 2.1.3.1 beschriebene Fördermaßnahme „Drogenkonsumraum Mülheim“ mit den Angeboten Drogenkonsumraum und Beratung als Teil des Drogenhilfekonzeptes 2020 möglichst kurzfristig in der beschriebenen Ausgestaltung umzusetzen.
4. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, das Förderprogramm „Niedrigschwellige Suchthilfe“ weiterzuentwickeln und damit die konzeptionellen Regelungen für die nachstehenden Förderbereiche zu ergänzen:
 1. Drogenkonsumräume,
 2. Aufsuchendes Suchtclearing,
 3. Niedrigschwellige Kontaktstellen,
 4. Substitutionsambulanzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.3 'Integrationsbudget 2022' - Verteilung von Restmitteln für eine mehrsprachige Informationskampagne zu Gesundheitsthemen
1325/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob es dazu Wortmeldungen gibt. Die Restmittel wären übersichtlich gewesen und lässt abstimmen:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt für das Jahr 2022 die Verwendung der ursprünglich für den Gesundheitswegweiser vorgesehenen Finanzmittel in Höhe von 8.476 € für eine mehrsprachige Informationskampagne in den Stadtbezirken zu unterschiedlichen Gesundheitsthemen.

Die Auszahlung erfolgt als Zuschuss an den Caritasverband Köln e.V. als koordinierende Stelle.

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 8.476 € brutto wurden im Haushaltsplan 2022 im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagt und stehen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 Baubeschluss - Neubau eines Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr und der Rettungswache in Köln-Rodenkirchen
0826/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bemerkt, dass es nicht ganz günstig, aber offensichtlich notwendig wäre.

RM Frau Gärtner stellt fest, es sei eine große wichtige finanzielle Anstrengung und das Ehrenamt würde gestärkt, indem die Feuerwehr auch bessere Möglichkeiten bekäme, wenn das Gerätehaus neu gebaut würde und man freue sich sehr.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, da können sich alle Kollegen und Kolleginnen anschließen.

RM Frau Seiger freut sich auf den Bau. Man habe eine kleine Bitte, nämlich, dass solche Vorlagen mit einem etwas längeren Zeitfenster eingereicht würden.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller bedankt sich für die Unterstützung. Nun sei es für die Versorgungssicherheit im Stadtgebiet Rodenkirchen sicherlich ein Meilenstein einerseits wegen dem Rettungsdienst und zum anderen weil eine der stärksten Löschgruppen eine angemessene Homepage bekäme. Natürlich sei es im Interesse aller ausreichend Zeit zum Lesen zu geben. Wie man der Dringlichkeitsbegründung entnehmen könne, gehe es darum, unnötige Baukosten zu verhindern. In dem konkreten Fall war es leider nicht anders möglich, um nicht unnötige Baukosten zu verursachen. Vielen Dank für ihr Verständnis.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna lässt abstimmen.

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses und der Rettungswache in Rodenkirchen auf dem Grundstück Sürther Straße 167 (Gemarkung 4993 Rodenkirchen, Flur 17, Flurstück Nr. 2114) mit Gesamtkosten i. H. v. 16.005.121 € (davon 590.000 € Planungskosten aus Planungsbeschluss [1041/2019](#) und 15.415.121 € Baukosten).
2. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2022 die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung i. H. v. 3.000.000 € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 3701-0212-2-6300, Neubau Feuerwehrgerätehaus Rodenkirchen.

Außerdem beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2022 die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 9.000.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2023 bis 2025 (2.000.000 € in 2023, 3.000.000 € in 2024 und 4.000.000 € in 2025) im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 3701-0212-2-6300, Neubau Feuerwehrgerätehaus Rodenkirchen.

Zur Ablösung der vorgenannten Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. insgesamt 9.000.000 € sowie zur Finanzierung der für 2026 vorgesehenen Auszahlungen i. H. v. 3.415.121 € werden im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2023/2024 (inkl. Mittelfristplanung) entsprechende Auszahlungsermächtigungen bei Finanzstelle 3701-0212-2-6300, Neubau Feuerwehrgerätehaus Rodenkirchen in den Haushaltsjahren 2023 ff. eingeplant.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Mitteilungen

- 6.1 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln im Rahmen des Projektes "Leitstelle 2020"; Umsetzungsbeschluss Teil 2 - Notleitstelle für die Feuerwehr Köln**
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 25 Abs. 1. Nr. 2

**KomHVO NRW i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das
Haushaltsjahr 2022
0049/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob es dazu Fragen gibt.

Zur Kenntnis genommen

**6.2 Sachstandsbericht Starke Veedel - Starkes Köln
1114/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob es dazu Wortmeldungen gibt.

Zur Kenntnis genommen

**6.3 Stand der Evaluation des Drogenhilfekonzpts - Datengrundlage
1436/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fand es schlüssig.

Zur Kenntnis genommen.

**6.4 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
1468/2022**

RM Herr Paetzold merkt zum Stichwort Ehrenamtsfreundlichkeit an, für die 173 Seiten wäre mehr Zeit zum Lesen nötig und schlägt vor, diesen Punkt in die nächste Sitzung zu nehmen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna entscheidet, diesen TOP zu vertagen.

RM Frau Gaertner merkt an, man habe das im Sozialausschuss genauso gemacht, um nochmal in Ruhe in die Unterlagen reinzugucken. Man habe einen Kollegen, der im Sozialausschuss sitzt und sich ausgesprochen intensiv mit dem Thema befasst und dem wollte man nicht vorgreifen. Es wäre schon wichtig, dass das nochmal behandelt wird. Sie hatte es eben bei der Tagesordnung vergessen.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung.

7 Mündliche Anfragen

SB Frau Houben berichtet, Anfang des Monats durfte man den neu eingerichteten Drogenkonsumraum besichtigen. Sie fragt, wann er geöffnet würde. In dem Kontext hat sie noch eine zusätzliche Frage: Alles was an der Wand rausgerissen werden könnte, wurde nicht installiert weil man meint, dass solche Geräte auch zur Verletzung von anderen benutzt werden könnten. In den Nierenschalen lag eine Verbandschere, auch wenn die Schere stumpf sei, könnten damit schwerste Verletzungen verursacht werden. Ob es eine Idee gäbe wie man diese Scheren gegen andere weniger verletzungsträchtige Scheren austauschen könnte?

Frau Houben weist außerdem darauf hin, dass am nächsten Sonntag in der Oper die Gala zur Demenz und zur Förderung der Alzheimerforschung sei.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr Nießen merkt an, dass der Eröffnungstermin noch beim Abteilungsleiter im Gesundheitsministerium abgefragt würde und noch auf Rückmeldung von Minister Laumann gewartet wird. Nach der Zusage wäre man guter Dinge, dass es Freitag oder Montag losgeht; die Anwesenden würden davon erfahren.

Natürlich nähme man die Anregungen mit. Die stumpfen Verbandscheren würden gebraucht, um Stanniolpapier zuzuschneiden. Ob es noch stumpfere Scheren gibt oder ob man die Scheren zurückgeben lassen könnte, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna regt an, Kinderschere zu benutzen.

RM Herr Paetzold wollte nachfragen, ob man sich bereits von Seiten der Stadt in Anbetracht der Streiks an den Unikliniken in NRW allgemein auf eine Lösung geeinigt habe? Es wird zu massiven Einschränkungen bei Intensiv- und OP-Kapazitäten kommen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bemerkt, wenn niemand was dagegen einzuwenden hätte, würden die Fragen mit in den Aufsichtsrat der Kliniken genommen. Nach seinem Verständnis hätte dieser Ausschuss mit den Kliniken direkt nichts zu tun. Am Freitag tagt der Ausschuss, er kann versprechen, dass Frau Röhrig die Fragen mitnimmt.

Er stellt fest, unter den TOPs 8, 9, 10, 11 und 12 liegt nichts vor und fragt, ob es mündliche Anfragen zum Nichtöffentlichen Teil gibt.

Er wünscht den Anwesenden Alles Gute und alle sollen gesund bleiben.